

Landkreis Vorpommern-Rügen

3. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:

Kreistagsfraktionen BVR/FW, CDU, BfS-FDP

Vorlagen Nr.:

A/3/0223

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	10.07.2023

Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW, CDU, BfS-FDP: "Bedrohte Pflegedienste und Pflegeeinrichtungen in ihrer Existenz erhalten"

Beschlussvorschlag:

Wie wir durch die mediale Berichterstattung erfahren haben, stehen viele der rund 300 Anbieter von Pflegeleistungen im Nordosten vor der Insolvenz. Grund sind erhebliche Kostensteigerungen infolge der inflationären Entwicklung, z.B. Energiekosten (Strom, Heizung), Arzneimittel und Pflegeprodukten. Auch die Tarife der Pflegekräfte bedürften der dringenden Anpassung. Bisher weigern sich die Krankenkassen, die Erhöhung dieser Kosten in den Pflegesätzen hinreichend zu berücksichtigen. Auch das Bundesgesundheitsministerium unternimmt derzeit keine Anstrengungen um an dieser vollkommen unbefriedigenden Situation etwas zu ändern. Im Ergebnis sind viele ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen in Ihrer Existenz bedroht. In diesem Zusammenhang ergeben sich für unsere Fraktion folgende Forderungen:

1. Es ist dringend notwendig schnellstens Lösungen für die Finanzierung ambulanter und stationärer Pflegeeinrichtungen zu entwickeln, bevor diese vor der Schließung stehen.
2. Die Krankenkassen/Pflegekassen werden aufgefordert ihrer Verantwortung einer bedarfsgerechten Pflege für zu Pflegenden und ihrer Angehörigen nachzukommen und die finanziellen Mittel bereitzustellen.
3. Der Landrat wird gebeten, diesen Antrag an die Landes- und Bundesregierung weiterzuleiten und sich gleichzeitig durch eigene Intervention für eine Verbesserung der Situation einzusetzen.

Begründung:

Bereits heute sind viele Menschen in unserem Landkreis durch Pflege auf ambulante Pflegedienste bzw. die Unterbringung in stationären Pflegeeinrichtungen angewiesen. Der Bedarf wird sich in den nächsten Jahren in Folge der demographischen Entwicklung weiter erhöhen. Eine Reduzierung der Pflegeangebote hätte unseres Erachtens sowohl für die zu Pflegenden als auch deren Angehörige fatale Folgen. Insofern sehen wir die dringende Notwendigkeit Insolvenzen in diesem Bereich entgegenzuwirken und eine angemessene Finanzausstattung von ambulante und stationären Pflegeeinrichtungen zu sichern. Hier ist es notwendig, die Krankenkassen aufzufordern eine bedarfsgerechte Pflege im Landkreis zu ermöglichen.

gez. Mathias Löttge
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsfraktion BVR/FW

gez. Benjamin Heinke
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsfraktion CDU

gez. Gerd Scharmberg
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsfraktion BfS-FDP